

Entwurf, der gewissermaßen ein Teil der Besteuerungsreform darstellt, vom Reichstag noch vor der Vertagung verabschiedet wird. Der Entwurf sieht nur eine Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien vor, während von der Besteuerung des Wertzuwachses bei Wertpapieren abgesehen ist. Im großen und ganzen sind die im Juli und Juli 1909 im Reichstag geduldeten Wünsche und Anregungen berücksichtigt worden. Der Entwurf wird als Reinertrag für das Reich die Summe von 90 Millionen Mark abwerfen. Die Wertzuwachssteuer soll von den Kommunen beim Verkauf der Grundstücke erhoben werden, die 6 Prozent der Steuer an das Reich abführen. Für gewisse Fälle ist Steuerfreiheit vorgelesen, so z. B. wenn Immobilienbesitz auf Nachkommen übergeht behufs Fortführung des Gewerbes. Die Steuerhöhen sind nach der Besitzzeit abgestuft. Was die Grundsätze des Regierungsentwurfes anbelangt, so werden die gleichen Ziele verfolgt, wie bei den jetzt in Geltung befindlichen kommunalen Zuwachssteuern. Besteuert soll der unbediente Gewinn werden, der Gewinn also, der nicht aus der Arbeit eines einzelnen, sondern aus Einrichtungen der Kommunen und des Staates erzielt wird. Aus diesem Grunde sollen auch beide Faktoren am Gewinn teilnehmen. Ein gewisser Prozentsatz der Wertsteigerung soll indes von der Besteuerung freibleiben. Die Interessen der Gemeinden werden in dem Entwurf voll gewahrt.

Zum Kampf im Baugewerbe.

In längeren Ausführungen vertritt der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe noch einmal seinen Standpunkt, jeden einzelnen Punkt seiner Dresdener Beschlüsse genau erörternd und die Notwendigkeit seiner Forderungen erläuternd. Der zentrale Abschluss des Tarifvertrags wird nochmals damit motiviert, daß die strenge Durchführung der Vertragsbestimmungen gesichert werden müsse, die bisher oft zu Wünschen übriggelassen habe. Das geschehe in Übereinstimmung mit dem Schiedspruch vom Jahre 1908, in dem auf den Reichsvertrag als Zukunftsziel hingewiesen war. Die Möglichkeit, die für die einzelnen Verbände geeigneten Lehrmethoden (Einheitsstaffel oder Durchschnittslohn) zu vereinbaren, müsse festgehalten werden, weil unter dem Einfluß der Einheitslöhne die Leistungen vielfach zurückgegangen seien. Es entspreche nicht der Gerechtigkeit, daß der schlechte Arbeiter denselben Lohn bekomme, wie der tüchtige. Weiter sei eine besondere Sicherung der Affordabilität nötig, weil diese von den Gewerkschaften an vielen Orten direkt verboten und mit Ausschluß aus der Organisation bestraft worden sei. Die Verdächtigung des Arbeitsnachweises des Arbeitgeberbundes als Maßregelungsbureau wird zurückgewiesen; bisher seien noch keinerlei Klagen der Arbeiter über diese Arbeitgebernachweise, die schon seit vielen Jahren bestehen, bekannt geworden; die paritätischen Arbeitsnachweise aber bevorzugten nach den Erfahrungen anderer Gewerbe die „Genossen“ in jeder Weise. Im übrigen war die ganze Frage des Arbeitsnachweises ausdrücklich Verhandlungen außerhalb der Vertragsverhandlungen zur Regelung überlassen und somit ausgeschaltet worden. Zur Arbeitszeit wird gesagt, daß das Baugewerbe ein Saisongewerbe sei, das als solches eine weitere Verkürzung in der Arbeitszeit nicht verträge. Die Bauarbeiter arbeiteten auch bei einer vertraglich 10stündigen Arbeitszeit unter Berücksichtigung der kurzen Arbeitszeit im Winter nur 8 1/2 Stunden täglich; in der Industrie aber sei der 9stündentag noch als Regel anzusehen. Die Erklärung schließt mit dem Satz: „Da hiernach keinerlei Aussichten auf friedliche Vereinbarung des Arbeitsverhältnisses vorhanden sind, bleibt dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Verfolg des ihm von der Dresdener Hauptversammlung gewordenen Auftrags zur Erreichung eines brauchbaren Vertrags nichts übrig, als zu einem Mittel zu greifen, das die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen in zahllosen Fällen selbst angewendet haben, zur Stilllegung ihrer Betriebe.“

Zu den gestrigen Meldungen über die bereits erfolgten Aussperrungen fügen wir die heute vorliegenden Meldungen an:
Berlin, 12. April. Heute beginnen hier die neuen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und denen der Arbeitnehmer. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen ist es abhängig, ob Berlin in den großen Kampf, der im Baugewerbe ausgebrochen ist, mit hineingezogen wird oder ob hier noch eine Ein-

igung vor, daß die Bauarbeiter in den letzten Tagen des deutschen Bauarbeiterkongresses beschlossen haben, am Freitag abend sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu entlassen und die dem Bezirksverband angehörenden 1064-Geschäfte zu schließen. Von der Aussperrung wurden ungefähr 16000 Arbeiter betroffen. Der Bauarbeiterverband Leipzig beschloß ebenfalls die Aussperrung sämtlicher organisierten Bauarbeiter für den 15. d. M. Es kommen 7 bis 8000 Arbeiter in Frage.

Leipzig, 12. April. Der Bauarbeiterverband für Leipzig und Umgegend beschloß vom nächsten Freitag ab 8000 organisierte Bauarbeiter auszusperrern.

Magdeburg, 12. April. Wegen der gestrigen Verkürzung der Mittagspause ist es am Freitag zwischen den Herren Baugeschäftsinhabern Max Buchmann und Ernst Frey und deren Arbeitern zu Vollstreckung gekommen. Vor Jahren wurde den Arbeitern die 1 1/2 stündige Mittagspause gewährt, inzwischen schenkt sich auf mehreren Bauten die einstündige Pause wieder eingebürgert zu haben. Die Arbeiter der beiden Geschäfte forderten nun ebenfalls eine Verkürzung, doch wurde ihnen diese mit Rücksicht auf die noch schwebenden Verhandlungen nicht bewilligt. Nachdem die Arbeiter am Freitag bloß 9 1/2 Stunden gearbeitet, wurden sie entlassen. Sollte die Kiesenaussperrung im Baugewerbe in Kraft treten, würden hier zum mindesten 500 Personen, die bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in Arbeit stehen, davon betroffen werden.

München, 12. April. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München verlangt von den Zementfabriken, Ziegeleien und Baumaterialienhändlern, daß sie während der Dauer der bevorstehenden Aussperrung die Lieferung der Baumaterialien nach München einstellen.

Hannover, 12. April. Die Delegiertenversammlung des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes hat den Beschluß gefaßt, sämtliche Maurer, Bauarbeiter und Zimmerleute zu entlassen. Es sind ungefähr 15000 Bauarbeiter in Mitteldeutschland gezogen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Somburg. Der Kaiser ist mit Gefolge, von Wiesbaden kommend gestern abend 7 1/2 Uhr in Somburg eingetroffen.

Die Einweihungsfestlichkeiten in Jerusalem. Bei dem gestrigen von der Stadt gegebenen Frühstück brachte der Gouverneur einen Trinkspruch auf den Kaiser, die Kaiserin und das prinzipale Paar aus. Er gedachte der Reise des Kaisers Wilhelm nach Jerusalem. Die Bevölkerung befragte die Reise des prinzipalen Paares als den Ausdruck der Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei. Der Prinz antwortete mit einem Trinkspruch auf den Sultan.

Der Nachfolger Dr. Delbrück. In einer Vertrauensmänner-Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei wurde, wie die Ostsee-Zeitung meldet, Justizrat Herrendorfer aus Swinemünde als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Uckermark-Usedom-Wollin für den bei der Ballonkatastrophe des „Pommern“ verunglückten Abgeordneten Dr. Delbrück aufgestellt.

Ersatzwahl zum Reichstag. Die im 6. Berliner Landtagswahlkreis erfolgende Ersatzwahl für den Sozialdemokraten Heimann wird, da die Fortschrittliche Volkspartei sich der Wahl enthält, mit dem Siege des Sozialdemokraten Adolph Hoffmann enden.

Die Kaiser Luftschiffmanöver. „Pariseau II“ stieg um 9 Uhr zu einer Fernfahrt in südlicher Richtung auf. Er passierte um 10 1/2 Uhr Bonn, fuhr bis Koblenz und trat von dort aus um 12 Uhr die Rückfahrt an. — Das Militärluftschiff „M. II“ machte um 10 Uhr einen Probeausflug und ging nach einstündiger Fahrt wieder nieder.

Oesterreich.

Polnische Annäherung. Der Vemberger „Kurjer Prowski“ nimmt gegen den beabsichtigten Besuch Kaiser Wilhelms in Galizien Stellung und erklärt, daß ein derartiger Besuch als eine Provokation des polnischen Volkes angesehen werden müßte, und dies um so mehr, als der Besuch Kaiser Wilhelms gerade in diesem Jahre, da die polnische Nation sich anschickt, den 500jährigen Gedenktag des Sieges der Polen über die Deutschen bei Tannenberg in würdiger Weise zu begehen, das polnische Volk tief verletzten müßte. Die polnischen Staatsmänner, die bei der Krone Zutritt haben, sollten alles daransetzen, um den Besuch Kaiser Wilhelms hintanzuhalten.

gen künftigen Josef Jozef werden in Wien und vorkräftiger Dismosge sowie in mehreren in Berlin begangener Dismosge von überleben zu die Jahren schwerer Kämpfe. Die Angelegenheit hat während der Anwesenheit im Dache unter beiden Mächte die Auslieferung der Österreich-ungarischer Truppenbewegungen und die Beibringung militärischer Dokumente übernommen.

Frankreich.

Der Streik der Seefahrer. Der Antrag der Vereinigung der Syndikatskammern hat bewirkt, daß mehrfach Arbeitsniederlegungen erfolgt sind. Die Vereinigung der Syndikatskammern hat sich als Komitee für den Generallstreik konstituiert. — Die Lauchmannsche Angelegenheit und die Streikbewegungen haben beschlossen, sofort in den Generallstreik zu treten. Sie treffen Maßnahmen, um morgen vormittag die Arbeit in den Häfen zum Stillstand zu bringen und die Straßenbahnwagen an der Ausfahrt zu verhindern.

England.

Ein Urteil englischer Arbeiter über deutsche Verhältnisse. Zahlreiche unionistische Parlamentarier wurden gestern einer Versammlung bei, in der einige zu den Kandidaten der Tarifreform zählende Arbeiter, die bei den letzten Wahlen kandidiert hatten, ihre Einblicke von einem Besuch in Deutschland schickten. Die Vortragenden führten unter anderem aus, daß sie von der bei einem Vergleich mit England in die Augen fallenden Wohlthat der arbeitenden Massen in Deutschland überrascht seien. Besonders aufgefallen sei ihnen die Tatsache, daß in Deutschland der Gesundheitszustand besser begablt werde, als in England.

Die Annexion Bosniens im englischen Unterhaus. In der Sitzung am Montag fragte Lincoln, ob die Bedingungen für die englische Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina, die am 12. September 1908 von Kautsch bekannt gegeben worden waren, erfüllt seien, und wenn dies der Fall wäre, wann alle interessierten Parteien mit Einschluß von Serbien und Montenegro die Erklärung der Zustimmung zu der Angliederung unterzeichnet hätten. In der von Lincoln gestellten Frage wurde weiter angefragt, daß, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt seien, die Regierung sich darüber schlüssig machen solle, ob es ratsam sei, eine Konferenz einzuberufen, um den eingetretenen Veränderungen internationale Gültigkeit zu verleihen, alle anderen Fragen zu regeln und auf diese Weise ernste Ursachen zu Konflikten unter den Mächten aus der Welt zu schaffen. Der Parlaments-Untersekretär Mr. Pittman Wood erwiderte, was die Türkei anbetreffe, so seien die in Kautschs Mitteilung angezeigten Bedingungen erfüllt worden. Serbien habe in einer Note an die österreichisch-ungarische Regierung erklärt, seinen Protest gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina aufgeben zu wollen, und Serbien und Montenegro hätten die Erklärung abgegeben, sie würden sich bei der Entscheidung der Vertragsmächte über den Artikel 25 des Berliner Vertrages beruhigen. Soweit Artikel 25 in Betracht komme, hätten die Änderungen bereits internationale Gültigkeit erlangt durch die Zustimmung der Signatarmächte. Daher läge für die Einberufung einer Konferenz zu diesem Zwecke keine Notwendigkeit vor und es sei auch keine Konferenz erforderlich zur Beseitigung von Konflikten zwischen diesen Mächten, da solche zurzeit glücklicherweise nicht beständen.

Balkanhalbinsel.

Sorgenvolle Stimmen aus Griechenland. Seit einigen Tagen mehren sich die Stimmen, die auf die Möglichkeit nahe bevorstehender neuer politischer Explosionen hinweisen. Die sonst gut unterrichtete Zeitung „Aeoli“ faßt die unruhige Stimmung folgendermaßen zusammen: „Wir glauben zu wissen, daß die in diesen Tagen herrschende Ruhe höchstwahrscheinlich heftige Stürme in sich birgt. Wir können mitteilen, daß in gewissen Kreisen, die ernstlich Bedauern über die augenblickliche Lage empfinden und hoffnungsvoll auf das Werk der Wiederaufrichtung blicken, die jetzt beginnende politische Komödie der Nationalversammlung und der Auslieferung des Staates an die frühere Parteimischungsummer erweist. Es stehen wiederum umwälzende Ereignisse bevor, wenn nicht Umsicht und Patriotismus an den Stellen herrschen, wo sie vorhanden sein sollen. Überall ist gegenwärtig eine heftige Gärung und Unzufriedenheit bemerkbar, die aus den reinsten Gefühlen hervorgeht. Eine Befundung dieser